

## **Aufnahme von Kindern aus Flüchtlingslagern in der Europäischen Union**

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der SPÖ-Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17. September 2020 gemäß §19 Abs. 5 GO BV folgende

### **Resolution**

Die Bezirksvertretung Mariahilf unterstützt die vom Wiener Gemeinderat am 30.6.2020 bzw. die im Wiener Landtag am 31.8.2020 beschlossenen Initiativen betreffend *„Aufnahme von 100 schutzbedürftigen Kindern aus dem Lager Moria“* bzw. *„Appell an die Bundesregierung sich am EU-Programm für die Aufnahme von schutzbedürftigen Kindern zu beteiligen“*.

### **Begründung**

Die Zustände für Kinder, nach dem verheerenden Brand des Flüchtlingslagers im griechischen Moria, sind erschreckend. Es darf nicht länger weggeschaut werden. Es geht um Kinderleben und es gibt aus humanitärer Sicht die politische Verpflichtung Leben zu retten! Es ist das Gebot der Stunde, dass Österreich umgehend Kinder aus dem zerstörten Flüchtlingslager aufnimmt. Deutschland und Luxemburg sind mit positivem Beispiel vorangegangen und haben sich am EU-Programm beteiligt.

Damit die Kinder eine Zukunft haben und die Menschlichkeit eine Chance erhält bedarf es auf Bundesebene des politischen Willens.

Die Zustände, ganz besonders für Kinder und Jugendliche in Flüchtlingslagern am Balkan und in Griechenland, sind unmenschlich und katastrophal. Viele haben ihre Eltern verloren, die hygienischen Zustände sind furchtbar, sie leiden anstatt zu leben. Die COVID-19 Pandemie hat diese untragbaren Zustände noch weiter verschärft. Laut UNICEF sind tausende Kinder und Jugendliche in diesen Lagern gefangen. UNICEF und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR versuchen vor Ort zu helfen, so gut es geht.

Für die Europäische Union, die sich in ihrem Vertrag über die Europäische Union auch zu den Grundwerten der Menschenwürde und zur Wahrung der Menschenrechte bekennt, ist das eine Schande. Die Europäische Union hat nun sehr langsam begonnen zu handeln und unbegleitete Kinder und Jugendliche aus diesen Lagern europaweit in menschenwürdige Lebensverhältnisse bringen. Deutschland geht mit gutem Beispiel voran und will nach den 47 Kindern im Mai weitere 350 bis

500 Kinder und Jugendliche aus diesen schrecklichen Zuständen holen. Luxemburg hat ebenso schon Kinder und Jugendliche aufgenommen. Auch Österreich sollte als Teil der Europäischen Union einen Beitrag leisten.

Das Bündnis SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht vor Krieg und Elend einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen.